

ANGELA MARQUARDT

Politik neu gestalten

Wir lamentieren immer wieder gern über verpaßte Chancen.

Für mich muß ich sage: Es wurde vor allem 1989/90 viel verpaßt. Es gab viele Ideen. Aber die Bürgerrechtsbewegungen, die Gruppen an den Runden Tischen hatten meines Erachtens keinen generalisierenden Ansatz. Sie haben die Verneinung des DDR- Systems proklamiert, versucht, daraus Politik zu machen, und sie konnten, wenn sie gefragt worden sind, wie es dorthin gehen soll, nur auf den Westen verweisen.

Es gab also keinen generalisierenden Ansatz. Der Verfassungsentwurf, der damals vom Runden Tisch erarbeitet wurde, war der Versuch, eine bessere Verfassung als das Grundgesetz zu erfinden. Es war der Versuch, die im Grundgesetz verankerte Bestimmung dieser vorläufigen Verfassung zu erfüllen. Nämlich eine vom Volk verabschiedete Verfassung zu installieren. Es war der Versuch, den gesellschaftlichen Rahmen für die neue, größere Bundesrepublik neuer, größer und weiter zu machen. Leider spielte dieser Entwurf später keine Rolle mehr. Die Bundesrepublik an sich wurde nicht infrage gestellt. Die Art und Weise des gesellschaftlichen Miteinanders erst recht nicht. Wozu sich für einen neuen Westen einsetzen, wenn doch der alte noch neu war?

Dies hätte sich sicherlich auch nicht geändert, wenn damals Oskar Lafontaine statt Helmut Kohl Protagonist der Bonner Regierung gewesen wäre. Wenn statt der schnellen Einvernahme des Ostens ein bedächtiger Angleichungskurs beider Staaten zum Tragen gekommen wäre.

Die einzelnen, die punktuellen Ansätze und Neuerungen, die vom Osten in das neue, größere Staatenkonstrukt BRD hineingetragen wurden, mußten scheitern, weil sie es nur verbessern wollten. Wer einmal mit mehreren an einem Text gearbeitet hat, wird wissen, wie schwer es fällt, wenn ein fast fertiges Produkt in der Endphase noch um einige neue Aspekte bereichert werden soll. Ein alternativer Text setzt sich in diesen Momenten eher durch. Wir brauchen heute komplette Entwürfe, statt ausgefeilter Detailverbesserungen. Wir brauchen eine Idee, das gesellschaftliche Mit- und Gegeneinander umzukrempeln, statt ausgefeilter Kataloge, das »Gegen« in ein »Mit« zu verändern und sonst aber alles beim alten zu lassen. Darum brauchen wir den Gedanken von Systemüberwindung, auch wenn einige von uns nur das System verbessern wollen.

Wenn wir uns heute die Politik auf Bundes- und Landesebene

Angela Marquardt –
Jg. 1971, stellv. Bundesvorsitzende der PDS,
AG »Junge GenossInnen«

Dieser Beitrag wurde auf der »Volxuni « am 24. Mai 1996 an der Humboldt-Universität zu Berlin gehalten.

oder auch in den Kommunen anschauen, dann können wir doch eigentlich konstatieren: Es geht darum, welche Partei in welchem Punkt das bessere, also das sozialere, das eher wirtschaftsfördernde, das modernere, das zukunftstauglichere oder wie auch immer nach der Logik »Höher – Schneller – Weiter« funktionierende Paket von Maßnahmen für eine konkrete Situation, für ein konkretes Problem vorliegen hat. Es geht darum: Mache ich, ohne an den Grundlagen irgend etwas zu verändern, aus dem, was wir haben, etwas Besseres als die, die auch schon etwas vorgeschlagen haben? Zugespitzt also: Mache ich das, was die anderen machen besser als die anderen im Sinne irgendeiner Lobby? Der stärkeren Lobby natürlich.

Ein aktuelles, sehr schönes Beispiel sehen wir in der Diskussion im Bundestag über das sogenannte Sparpaket der Bundesregierung. Natürlich ist es kein Sparpaket. Ich kann Rudolf Dreßler nur zustimmen, wenn er sagt, daß hier ganz konsequent auf allen Sektoren – wirtschafts-, finanz-, militär- und sozialpolitisch – Schwachsinn gebaut worden sei. Hier wird nicht irgend etwas gespart, sondern nur umverteilt. Etwas anderes will die SPD auch nicht. Kann sie auch nicht. Sie tut es nur im Sinne einer anderen Gruppe von Menschen. Und deshalb muß ich konstatieren, daß der »Gegenvorschlag« der SPD nicht wirklich besser ist. Denn auch hier wird nur versucht, das Bestehende schönzureden. Nur die Perspektive ist eine andere. Und es soll versucht werden, den scheinbar sinnvollen und nötigen Umbau des Sozialstaates Bundesrepublik mit dem Label SPD zu verbinden. Wie man also im Zusammenhang mit irgendwelchen Veränderungen grundlegender Natur sich selbst ins bessere Licht rücken kann. Das nennt mensch dann konservative Hegemonie brechen.

Das gleiche erleben wir auf anderen Ebenen jeden Tag. In Berlin, in der Debatte um die Sparpolitik, streiten sich die CDU und die SPD, wer jetzt der bessere Sparer ist. Im Bereich der Umweltpolitik streiten sich inzwischen fast alle Parteien darum, wer tatsächlich ökologisch sinnvolle Maßnahmen vorschlägt und umsetzt. Die Grünen zeichnen sich hier noch durch einen Rest von Radikalität aus, aber im großen und ganzen haben auch sie sich bereits in die Logik von repräsentativer Politik hineinbegeben. Bei den Grünen will niemand mehr Forderungen aufstellen, ohne gleich einen Lösungsansatz mitzuliefern. Es heißt also nicht mehr: Wir können diesen Verkehr vor der Haustür nicht mehr ertragen, macht endlich was! Sondern es heißt: Man könnte den Verkehr so oder so umleiten. Zuungunsten dieser oder jener Interessensgruppe also. Und offensichtlich haben die Grünen die Ideen ihrer Anfangsphase vergessen. Es geht ihnen heute nicht mehr um eine generelle Lösung des Konflikts zwischen Ökonomie und Ökologie, sondern es geht um eine prestigeträchtige Umschiffung des eigentlichen Problems. Deswegen werden sie heute auch nicht mehr von Verfassungsschutz und Innenministerien beäugt. Und deswegen steigt das Durchschnittsalter ihrer WählerInnen proportional zum Monatseinkommen ihrer AnhängerInnen.

In diesem permanenten Punktspiel um Machtgewinn und Machterhalt ohne Perspektive auf den Meistertitel – maximal mit dem

Ziel des ersten Tabellenplatzes – läßt sich nichts wirklich bewegen. Politik wird zum Theater – bewundert, gehaßt, beobachtet oder links liegen gelassen von denen, für die es angeblich mal erdacht war.

Es geht nur noch um Macht. Es geht um die Macht der Parteien und um die Macht von einzelnen Personen in den Parteien. Und im Kampf um diese Macht geht es eben um Punktsiege. Diese sind nicht notwendigerweise miteinander in Zusammenhang zu bringen. Sie unterliegen einer anderen Logik als die der Bedürfnisse von Menschen. Nur so ist es zu erklären, daß die Bundes-SPD sich einerseits heute für eine sozialere und ökologischere Steuer- und Abgabenreformen einsetzt, während andererseits auf Länderebene Protagonisten derselben Partei genau das Werk einer Regierungskoalition in Bonn fortsetzen, was die Bundestagsfraktion wortgewaltig kritisiert.

Ich will nicht darüber lamentieren, daß es unmöglich ist, tatsächlich etwas zu verändern. Ich will nicht darüber lamentieren, daß es keine Ansätze gibt. Denn das stimmt nicht. Es gibt Ideen, es gibt Vorstellungen, gelebte und versuchte Ansätze. Es gibt einfach eine andere Politik, eine Politik jenseits der Parteienlogik, jenseits von Machtgewinn und Machterhalt und eine Politik jenseits von persönlichen Beleidigungen um des eigenen Vorteils willen in irgendeiner Debatte. Nur haben es solche Ansätze schwer.

Ein Beispiel ist die Antifa(M) in Göttingen. Unter dem Eindruck aufkommender rassistischer Gewalt, vor dem Hintergrund sich entwickelnder neofaschistischer Strukturen in Südniedersachsen gründete sich vor einigen Jahren die dortige Antifa(M). Die Jugendlichen erprobten andere Aktionsformen, leisteten andere Theoriearbeit und begannen, von ihren GesprächspartnerInnen vorsichtig beäugt, eine punktuelle Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, der SPD und den Grünen. Im Laufe der Jahre entwickelte sich daraus ein deutlich anderer Stil von Politik. Dieser zeichnete sich durch Basisnähe und Problembewußtsein, durch Transparenz und Offenheit aus und erreichte, daß Neofaschisten im Raum Göttingen jede Basis verloren. Zusätzlich wurde die Debatte um andere Formen des gesellschaftlichen Miteinanders wieder breiter geführt. Bis zu dem Tag, an dem die Polizei Wohnungen und Vereinsräume, eine Tageszeitung und einen Buchladen wegen der Antifa(M) durchsuchte. Der Vorwurf: Bildung einer kriminellen Vereinigung. Der Vorwand: Verstöße gegen das Versammlungsgesetz. Im Klartext: Der schwarze Block. Ab diesem Tag setzte in der SPD und bei den Gewerkschaften ein Entsolidarisierungsprozeß ein, der bis heute anhält. Und auch Teile der Grünen wollten plötzlich nichts mehr mit den siebzehn Angeklagten im größten deutschen Staatsschutzprozeß zu tun haben. Die Mitglieder der Antifa(M) sind in den Augen vieler plötzlich wieder einfach nur kriminell – ungeachtet aller positiven Erfahrungen. Und statt darüber nachzudenken, warum auf einer so schwachen Basis so ein riesiger Ermittlungs- und Prozeßaufwand betrieben werden soll, distanzieren sich viele – des guten Rufs wegen. Und übersahen dabei voreilig, daß der Fall Göttingen in erster Linie der Versuch ist (sein kann), andere, nämlich außerparlamentarische Politik unter

das Diktat von Polizei und JuristInnen zu stellen. Sie damit quasi zu verbieten.

Die Folge – sowohl von unerquicklichen Machtspielen als auch von Kriminalisierung andere Politikformen – ist Entpolitisierung. Nicht nur Entpolitisierung von jungen Menschen. Es wird zunehmend beklagt und die Parteien ärgern sich, daß es ihnen nicht gelingt, jüngere Leute anzusprechen, sie für längerfristige Arbeit in und bei den »Großen der Branche« zu gewinnen. Dabei trifft dies fast im gleichen Maße auf alle Altersgruppen zu. Lediglich sehr traditionsfixierte Mitglieder halten in diesen Zeiten »ihrer« Partei die Treue. Gleichzeitig darf mensch aber feststellen, daß noch nie so viele Leute sich selbst als politisch interessiert definierten wie heute. Es ist auch ein Faktum, daß es zu keiner Zeit mehr MitstreiterInnen in BürgerInneninitiativen und politischen Vereinen gab als heute. Und gleichzeitig war die Wahlbeteiligung im Schnitt noch nie so miserabel wie bei den Wahlen seit 1990. Das Interesse an ehrenamtlichen Positionen und Funktionen der bürgerlichen Verwaltung stagniert mindestens. Und daraus wird dann im rufschützenden Gehorsam gemeinhin das Phänomen Politikverdrossenheit gemacht.

Für diesen Widerspruch gibt es für mich nur eine Erklärung: Die Menschen sind nicht politikverdrossen, sondern sie sind verdrossen von dieser Politik. Die Leute sind nicht einfach nur an Veränderungen nicht mehr interessiert, sondern sie sind an diesen Parteien als Protagonisten für mögliche Veränderungen nicht mehr interessiert, weil sie keinen Ansatz sehen, wie diese Parteien diese Aufgabe erfüllen können. Die Hamburger Stattpartei hatte dies zu ihrem Gründungsmotiv erhoben. Korruption im Zusammenhang mit der KandidatInnenaufstellung für die Hamburger Bürgerschaftswahl galt als Anlaß, eine vorgeblich korruptionsfreie, den Menschen nähere Partei zu gründen. Diese mußte scheitern, weil sie sich mit ihrer Gründung in ebendiesem Kreislauf begab, der eben nichts anderes hervorbringen kann als den Kampf um Macht als Selbstzweck.

Es ist ihnen gelungen, die berechtigte Kritik zu kanalisieren.

In Berlin gibt es ein Bündnis von über 100 Gruppen gegen Sozialabbau. Nur eine einzige davon ist als Partei angetreten. Nämlich meine. Alles andere sind Zusammenschlüsse von Leuten, die sich sehr wohl politisch engagieren und artikulieren, die aber ganz bewußt weder in unsere noch in eine andere Partei gehen wollen. Allen ist eines gemein: Sie wissen sehr genau, wohin es nicht gehen kann. Sie wissen sehr genau, was sie partiell in ihren Bereichen wollen. Sie wissen heute, wo und wie sie sich engagieren. Sie können sagen, wie es nicht aussehen darf. Aber schon die Namen der einzelner Gruppierungen lassen Negativ-Herangehensweise und diese Fremddefinition erkennen. Es geht um Antifaschismus, Antirassismus, Antinationalismus. Es geht um Antimilitarismus, es geht um eine Anti-AKW-Bewegung, früher um eine Anti-Startbahn-West-Kampagne. Es geht um eine Anti-Golfkriegsdemonstration oder Anti-Atomversuchsaktionen, gegen den Flächennutzungsplan in Berlin, gegen den Sozialabbau und Kürzungen im Hochschulbereich. Wofür diese Gruppen stehen und

wohin sie wollen, das können sie, wie gesagt, nur partiell und voneinander losgelöst definieren. Und sie können es nur heute. Und allein dadurch haben sie es schwer, kontinuierlich zu arbeiten. Nicht nur, daß die Definition eigener Positionen aus der Abgrenzung gegenüber anderen lediglich der kleinste gemeinsame Nenner ist. Zusätzlich haben sie, die in Sparten Verbesserungen erreichen wollen, gerade von etablierten Parteien und PolitikerInnen und in Medien zu erwarten, daß die Unzulänglichkeit, die mangelnde Komplexität in der Betrachtung und Analyse als Totschlagsargument gegen sie eingesetzt wird. Ihre freiwillige Beschränkung als Eingeständnis von Unvermögen, sich in der heutigen politischen Auseinandersetzung zu behaupten. Und so entstehen größere Bewegungen wie eben dieses Berliner Bündnis nur, wenn der Druck von außen auf ein Milieu einen entsprechend großen Gegendruck provoziert.

Wichtig in diesem Zusammenhang ist, daß mensch – und hier meine ich eben die MachtpolitikerInnen in den Parteien – sich darauf besinnt, daß es für diese Inis und Gruppen nicht darum gehen kann, Lösungen zu präsentieren, sondern daß hier in erster Linie Probleme artikuliert werden. Und eigentlich sollten die Menschen so ernst genommen werden, daß allein die öffentliche Nennung von Problemen durch Betroffene als Auftrag gilt, sich für deren Lösung einzusetzen. Um so mehr, je mehr die Leute von der Politik erst zu Betroffenen gemacht werden. Es muß ganz klar gesagt werden können: Dieses oder jenes paßt uns nicht, dieses oder jenes hat gefälligst geändert zu werden, weil es unerträglich ist. Und dann muß darauf gedrängt werden, daß dies auch stattfindet. Eine andere Aufgabe für Politik ist vorläufig überhaupt nicht nötig.

Wenn wir uns einmal vom parteipolitisch neutralen Boden hinwegbewegen, wir konstatieren, daß wir eine konservative Hegemonie in diesem Lande – eine Hegemonie von Sozialabbau, Rassismus, latentem Militarismus – bekämpfen wollen, dann müssen wir feststellen, daß diese einfache Ablehnung nicht trägt. Es fehlt der Zusammenhang. Es wäre wiederum nur der Versuch, Zugeständnisse abzutrotzen, wie es die Gewerkschaften seit Jahrzehnten machen, um dann beim nächsten Mal, in der nächsten Sparrunde wiederum auf diese Zugeständnisse verzichten zu müssen, weil sie angeblich nicht praktikabel sind. Weil die Mitglieder und AnhängerInnen sich selbst einsichtig geben und sagen: Okay, wir bleiben freiwillig unter der Teuerungsrate in den Tarifgesprächen.

Wir müssen also nach einem Weg suchen, dauerhaft dazu beizutragen, daß die Meinung von Leuten, daß die Lebensumstände von Leuten, die Ideen von Leuten geachtet und berücksichtigt werden in der Politik, und zwar als maßgeblich, als Äußerungen eines Souveräns. Daß nämlich die Repräsentanten in dieser repräsentativen bürgerlichen Demokratie, in diesem repräsentativen bürgerlichen Parlamentarismus aufgefordert werden, das Volk, den Souverän, zu repräsentieren und nicht andersherum. Hier kann ich immer wieder nur auf Johannes Agnoli verweisen, welcher auch im Rahmen der »Volxsuni« reden wird, der da konstatiert: »Die

Utopie von der ›Gesellschaft der Freien und Gleichen‹ läßt sich nicht als Gesetzesvorlage, weder von der Opposition noch von der Regierungskoalition in den Bundestag einbringen.« Parlamente können lediglich die Vermittlungsebene für Veränderungen in der Gesellschaft sein. Und wenn die Gesellschaft sich verändert, werden auch Parlamente nicht umhin kommen, dies zu konstatieren und diesem Vorbild zu folgen.

In der PDS wird gern und viel darüber debattiert, ob der Weg der Grünen, den wir gerade miterleben, vermeidbar ist. Ob der vorgezeigte Weg, fernab der auch heute noch gültigen Essentials, zwangsläufig ist. Ich weiß darauf keine Antwort. Ich weiß aber eines: Wenn wir die Gesellschaft tatsächlich verändern wollen, dann müssen wir uns als Partei heute die Knüppel in den Weg legen, die uns später daran hindern werden, diesem Weg einfach nachzuschleichen. Den Weg von der kritischen Bewegung zu einer Partei, die sich nur in der Zahl der Skandale und Verfehlungen, nicht aber an den Ideen von anderen Parteien unterscheiden.

Wie könnte dies geschehen? Zunächst einmal sollten wir, und damit meine ich wirklich nicht nur die PDS, die bisherige Form von gesellschaftlicher Verfaßtheit analysieren, insbesondere natürlich die bis vor kurzem im Osten aktuelle und die noch in beiden Landesteilen existierende. Mir fällt in beiden ein Mangel an Mitwirkung bei politischen Entscheidungen auf. Mir fällt auf, daß sowohl in der DDR als auch in der Bundesrepublik Demokratie, d.h. Mitbestimmung und Teilhabe von Menschen, weitestgehend eingeschränkt war bzw. ist. Auf der einen Seite extrem bürokratisch. Auf der anderen Seite durch ganz persönliche finanzielle, soziale und natürlich auch parteipolitische Hürden. Während das eine System an ebendiesem Mangel zerbrochen ist, versuchen die ProtagonistInnen des anderen Systems mit der Floskel »Freiheit oder Sozialismus« von ihrer Unfähigkeit, mit den Interessen der Leute umzugehen, abzulenken.

Weiterhin fällt mir natürlich auf, daß gerade in der Bundesrepublik die Teilhabe an Macht ganz elementar mit der Teilhabe an ökonomischer Macht zu tun hat. Es ist nicht von ungefähr, daß die Bundesregierung in ihrem neuesten Sparpaket gerade die Besitzenden in großem Ausmaß schont, während sie bei den Nichtbesitzenden rigoros streicht. Das ganze gekoppelt mit dem Versprechen, irgendwann, zwischen den nächsten beiden zyklischen Krisen, würde es wieder ein wenig besser werden.

Für mich kann das Stichwort daher nur heißen: Partizipation, Teilhabe von Menschen unabhängig von ihrem Einkommen, unabhängig von ihrer sozialen Stellung, unabhängig von irgendwelchen Erfolgen in der Vergangenheit oder irgendwelchen familiären Zusammenhängen. Und vor allem unabhängig von ihrer Stellung zum Besitz an Immobilien, an Kapital. Partizipation also von möglichst allen an möglichst allen Prozessen.

Wie kann das aussehen? Ich denke, in die richtige Richtung weist da z.B. die Installation von Volksentscheiden auf kommunaler Ebene in Bayern. Ich denke, in die richtige Richtung weist da auch der Versuch aus den siebziger Jahren, über Landesschülervertretungen den Einfluß der SchülerInnen auf die Schule und sogar auf

die Landesschulpolitik zu ermöglichen. In die richtige Richtung weist auch die Idee, in Parteien mit Mitgliederentscheiden die Basis tatsächlich zu fragen. Allerdings muß man hier einschränken, daß es nicht um Alibi-Veranstaltungen gehen darf. Wenn also die FDP-Mitglieder über den großen Lauschangriff abstimmen dürfen und sollen, dann dürfen und sollten sie auch über neue wirtschaftspolitische Leitlinien, über eine Sparpolitik, über eine Veränderung der Asylpolitik, über alles mögliche, was die FDP auf Bundes- oder Landesebene in die Politik einbringt, abstimmen dürfen. In die richtige Richtung weist in diesem Rahmen auch die Installation von Runden Tischen gegen Ende der DDR. Und auch die Installation von Allgemeinen Studierendenausschüssen infolge der 68er Entwicklungen an den Hochschulen der Bundesrepublik war ein Schritt. Inzwischen wurde diese Entwicklungen an den DDR-Unis 89/90 aufgehoben. Denn dort konnte im Wendezeitraum eine uralte hochschulpolitische Forderung ganz selbstverständlich umgesetzt werden: Alle Hochschulstatusgruppen waren in allen Gremien gleichberechtigt. Und: Die Studierenden wählten ihren Rektor mit.

Meine Partei beteiligt sich am Reigen schöner Beispiele mit dem uneingeschränkten Rede-, Vorschlags- und Mitbestimmungsrecht von SympathisantInnen in nahezu allen Veranstaltungen der Partei. Auch so offene Strukturen wie die AG »Junge GenossInnen« in und bei der PDS können Vorbild für eine partizipative Politik sein. Die »Jungen GenossInnen« waren es, die auf dem letzten Parteitag der PDS einen Antrag zur Kommunalpolitik eingebracht und durchgesetzt haben, der gerade BürgermeisterInnen, also hervorragende Vertreter der kommunalen Selbstverwaltung, nahelegt, in konkreten Fragen mit den Leuten vorort, statt für sie Politik zu machen. Das heißt, daß Diskussionen um neue Straßen, Kindergärten, Spielplätze und ähnliche kommunale Einrichtungen und Vorhaben mit den Leuten geführt werden müssen, daß nicht schlichterdinges gesagt werden kann: Wir wollen die neue Straße, werben wir dafür, daß die Leute sie prima finden. Sondern daß gefragt wird: Was wollen die Leute? Brauchen sie die Straße, oder wollen sie stattdessen doch lieber einen Kindergarten? Wollen sie den Ausbau des Gemeindeamtes oder doch lieber die Modernisierung der Freiwilligen Feuerwehr im Ort. Das Schlagwort lautet also kurz: Politik nicht für Menschen, sondern mit Menschen. Oder, um ein Fremdwort zu wählen, weil das in der Politik viel besser ankommt: Partizipation.

Ich erschließe mir den Begriff Sozialismus über Demokratie, d.h. schaffe ich eine echte, eine wirkliche Teilhabe von Leuten an Politik und weite diese auch aus auf soziale, auf wirtschaftliche und andere Belange und komme so zu einem anderen gesellschaftlichen Umgang miteinander. Wenn ich bei Marx nachschaue, dann konstatiert er, daß das zentrale Moment einer gesellschaftlichen Veränderung die Veränderung des Verhältnisses der Entwicklung von Produktionsverhältnissen und von Produktivkräften ist. Und hier befinde ich mich – anders als in bestehenden Gesellschaften, wo Produktionsverhältnisse durch den Besitz von Produktionsmitteln gekennzeichnet waren und sind – nicht in einer Sackgasse. Ich bin

in der Lage, durch ständige Ausweitung von Mitbestimmung in allen Fragen, diese divergierenden Linien, die einfach durch die Stellung von Leuten im Produktionsprozeß hervorgerufen werden, via Überbau zusammenzuführen. Denn es ist gerade heute nicht der Besitz von produktionsrelevantem Eigentum interessant, sondern die Verfügung über die damit hergestellten Produkte und den Prozeß ihrer Produktion. Dieser Aspekt wird um so wichtiger, je weiter wir uns von klassischer Industrie, von produzierendem Kapitalismus, – gerade in den entwickelten Ländern – hin zu einem Informationskapitalismus entwickeln. Gerade mit möglichen Entwicklungen im Zusammenhang mit den neuen Medien wird der tatsächliche Besitz von Produktionsmitteln unwichtig. Interessant wird die Verfügung über Informationen. Der Status von Information als Ware wird in den kommenden Jahren deutlich wachsen. Wir werden eine völlig andere Art von Wirtschaft erleben.

Wenn es also möglich ist, den Zugriff, die Teilhabe von Menschen in allen Belangen und in allen Fragen wirklich auszuweiten, wenn es organisierbar ist, daß z.B. ArbeitnehmerInnen über das Betriebsverfassungsgesetz mehr Mitsprache auf die Entscheidungsfindung in ihren Betrieben haben, dann verändere ich nicht grundlegend die marktwirtschaftliche Verfaßtheit dieses Landes, ich verändere nicht grundlegend das, was ich am Markt für sinnvoll und innovativ, für fortschrittlich und beweglich halte. Ich verändere aber, daß dieser Markt, daß diese Marktwirtschaft gegen eine Mehrheit von »kleinen Leuten« wirkt, sie von echten Entscheidungen abgrenzt und ihnen nur noch die Freiheit gibt, zu konsumieren und die Arbeitskraft feilzubieten. Hier läßt sich weitgehend auf Restriktionen von Staatsseite zum Zwecke der sozialen Absicherung der Bevölkerung verzichten, weil die Bevölkerung selbst sich absichert. In der Doppelfunktion als politisch wie auch ökonomisch entscheidungsfähige Masse. Und in dieser Funktion wird sie wohl – aus Sorge um die jeweils persönliche Existenz – eine deutlich andere Abwägung vornehmen.

Dahin zu gelangen, wird uns nichts anderes übrig bleiben, als die vielen kleinen Schritte, die in diese Richtung weisen, zu gehen. Es wird uns auch niemand abnehmen, für unsere Mitbestimmung einzutreten. Und für meine Partei, die ich heute und hier hoffentlich nicht über Gebühr heranzitiert habe, kann ich nur obiges wiederholen: Wir müssen uns innerhalb der Partei über konsequente Mitbestimmung – auch außerhalb der Repräsentationsspielregeln bisheriger bundesdeutscher Politik – die Knüppel in den Weg legen, über die wir beim Verlassen dieses Weges stolpern werden.